

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

42. Jahrgang.

Donnerstag, den 4. Juli

Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. (incl. 2 illustr. Beilagen) in der Expedition, bei unsern Posten, sowie bei allen Reichs-Postanstalten.

N^o 78.

1895.

Aus Deutschlands großer Zeit.

Zur Erinnerung der 25jähr. Gedenktage des Krieges 1870/71.
Von Eugen Rabden.

Deutschland im Juli 1870.

Als höchsten Siegespreis des großen Krieges, dem unsere Schilderung gilt, haben wir die endliche Einigung Deutschlands zu betrachten. Der Einheitsgedanke, erwacht und bekräftigt in der großen Zeit der Befreiungskriege 1813, 1814 und 1815, war allerdings niemals ganz eingeschlummert in deutschen Landen, allein die Mittel und Wege, das hohe Ziel zu erreichen, wurden sehr verschieden angegeben und es fehlte bei allem guten Willen an der nöthigen Klarheit in den Köpfen, selbst den besten der Nation. Es ist allerdings selbstverständlich, daß die durch Blut und Eisen auf den Schlachtfeldern Frankreichs errungene und geschaffene Einheit Deutschlands nur geschaffen werden konnte, weil der fruchtbare Boden für die Saat vorhanden, weil der Einheitsgedanke bereits mächtig entwickelt war; allein um jene Zeit vom Juli 1870 bis zum Januar 1871, in welcher die Einigung erfolgte, ganz zu verstehen, bedarf es der Klarheit über die Zustände im lieben deutschen Vaterlande, wie sie sich vom Jahre 1815 ab herausgebildet hatten. Und deshalb ist ein Abriss der Geschichte jener 55 Jahre an dieser Stelle notwendig, soweit diese Geschichte Bezug hat auf die Förderung oder Minderung der deutschen Einheitsidee.

Der Wiener Congress, der den Befreiungskriegen gefolgt war, hatte den Erwartungen der deutschen Patrioten von der künftigen politischen Gestaltung Deutschlands nicht entsprochen; denn der deutsche Bund (38 Staaten) mit seinem Bundestag zu Frankfurt a. Main war ein locker zusammengefügtes Ganzes, ohne Einfluß auf die Entwicklung Gesamtdeutschlands und ohne Macht und Ansehen gegenüber dem Auslande. Zwar hatte ein Theil der deutschen Staaten die versprochene Verfassung erhalten (Weimar, Bayern, Baden, Hannover, Württemberg, Hessen-Darmstadt), allein Preußen, das immer mehr in das Metternichsche Fahrwasser hineingeriet, daneben auch unter dem jede freiheitliche Regierung unterdrückenden Einflusse Rußlands stand, hatte es 1823 nur zu den Provinzialständen gebracht, die politisch machtlos blieben. Die herrschende Unzufriedenheit machte sich in gewaltigen Handlungen Luft (Wartburgfest, Ermordung Kobens) und die Folge waren die Karlsbader Beschlüsse, durch welche der Bundestag der willkürlichen Vertreter der reaktionären Verbündeten des österreichischen Fürsten Metternich wurde. Die 30er Jahre brachten zwar wieder Bewegungen, deren Endziel die Einheit Deutschlands hätte sein können, aber vor Allem waren es die deutschen Fürsten, welche in ihrem Mißtrauen gegen Preußen immer noch eher zu Oesterreich hielten, das innerhalb des Bundes die Einigung zu hintertreiben beflissen war. Indef geschah doch ein erster Schritt zur Einigung durch den am 1. Januar 1834 von Preußen ins Leben gerufenen deutschen Zollverein, der Anfangs 18 deutsche Staaten umfaßte und allmählich auf sämtliche deutsche Staaten, mit Ausnahme Oesterreichs, Mecklenburgs und der Hansestädte ausgedehnt wurde. Dadurch wurden mit Zugrundelegung des preussischen Zollsystems alle Zollschranken im Innern des Vereinsgebietes beseitigt und wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiete eine Einigung Deutschlands geschaffen.

Mächtig erregt wurde das Nationalgefühl in Deutschland durch die Schleswig-Holsteinische Frage, die Vergeßlichkeit der deutschen Herzogthümer durch Dänemark und selbst der schlafige Bundestag mußte sich zu einer allerdings sehr lahmen Erklärung gegen die dänischen Uebergriffe aufraffen, indef fand die Frage noch keine Erledigung. Alle diejenigen aber, denen die Erhebung Deutschlands aus seiner untergeordneten Stellung dem Auslande gegenüber am Herzen lag, richteten ihre Blicke auf Preußen, wo 1840 Friedrich Wilhelm IV. zur Regierung gelangt war. Kurz nachdem dieser 1847 die Stände der acht Provinzen als „vereinigte Landtag“ nach Berlin berufen, brach in Paris die Februarrevolution aus und sie rief auch in Deutschland eine allgemeine Bewegung hervor. Alle die theils vernünftigen, theils maßlosen Forderungen des Jahres 1848, auf die hier näher einzugehen zu weit führen dürfte, sowie der Sturz Metternichs in Wien bewirkten nicht nur die Berufung einer preussischen Nationalversammlung, sondern des sogenannten Frankfurter Vorparlamentes, einer auf Antrag des Bundestages aus allen Gauen Deutschlands zusammengesetzten Versammlung von 600 Männern zur Entwurfung einer neuen Bundesverfassung. Der Bundestag selbst war so vorsichtig gewesen, die deutschen Farben (schwarz-roth-gold) anzuerkennen. Aus dem Vorparlament ging die deutsche Nationalversammlung hervor mit dem deutschen Reichsdeweser, worauf sich der Bundestag auflöste. Zu gleicher Zeit mit den Kämpen

in der Paulskirche zu Frankfurt a. Main, — die äußerste Linke erstrebte die Republik, die kleindeutsche (Sagern'sche) Partei die Einheit Deutschlands mit Ausschluß Oesterreichs, die großdeutsche Partei die Einheit mit Einschluß Oesterreichs, — kamen die Kämpfe Schleswig-Holsteins gegen den Unterdrücker Dänemark. Nach langen Beratungen der Nationalversammlung wurde König Friedrich Wilhelm IV. zum deutschen Kaiser gewählt und die damit abgeschlossene deutsche Reichsverfassung publizirt. Allein der König lehnte die ihm „von der Revolution“ angebotene Kaiserkrone ab. Es kam da und dort zu bewaffneten Aufständen, am größten in Baden, die Nationalversammlung ging auseinander, das übrig bleibende Rumpfparlament wurde mit Waffengewalt auseinander getrieben. Zwar wurden noch in dem Dreikönigbündniß und dem Erfurter Parlament die letzten Versuche zur Rettung des deutschen Einheitsgedankens gemacht, allein dies Alles verlief im Sande und an die Stelle der großen Bewegung, welche ein geeinigtes Deutschland zum Ziel gehabt hatte, trat eine dumpfe, schwüle Reaktion, in welcher der wiedererstandene Bundestag in seinem Element sich befand. Dieser, wie er in der furcheffischen Frage sich entschieden völkfeindlich zeigte, gab auch das deutsche Bruderland Schleswig-Holstein Dänemark Preis, so daß alle Anstrengungen der tapferen Schleswig-Holsteiner vergebens gewesen waren und sie nun noch mehr unterdrückt wurden; die Verfeinerung der deutschen Flotte, welche die Weisheit des Bundestages anordnete, machte Deutschland zum Gespött in Europa. Die 50er Jahre zeichneten sich durch die Unterdrückung jedes freien Gedankens, durch persönliche Verfolgungen, bürokratische Willkür und Tendenzen aus.

Die „neue Anra“, aus welcher sich nun endlich mit Sicherheit das entwickeln sollte, was alle einsichtigen Männer in Deutschland erstrebten, begann mit der Regentschaft des Prinzen Wilhelm von Preußen, der diese im Oktober 1858 für seinen erkrankten Bruder übernahm. Die Spannung zwischen den beiden Großmächten Oesterreich und Preußen wurde größer und klarer durch den französisch-österreichischen Krieg (1866) und die Reform der österreichischen Bundesverfassung erdienten Allen nothwendig. Der Nationalverein zu Eisenach und der (großdeutsche) Reform-Verein zu Frankfurt a. Main behandelten die Frage öffentlich, aber es kam weder hierdurch, noch durch den deutschen Fürsten-Congress und den Abgeordnetentag in Frankfurt a. Main etwas Ersprießliches zu Stande; nur der Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen trat klarer, denn je, hervor, ein Gegensatz, der auf friedlichem Wege kaum noch ausgeglichen werden konnte. Inzwischen hatte König Wilhelm in Preußen den Thron bestiegen, Graf Bismarck war mit der Leitung der Geschäfte betraut worden und es war zu dem durch die Heeresorganisation veranlaßten Verfassungskonflikt in Preußen gekommen. Zugleich mit diesem ward die Schleswig-Holsteinische Frage wieder aufgerollt und es war das erste Meistertück Bismarcks, daß er den Bundestag und Oesterreich, mit welchem der Konflikt bereits sehr ernsthaft geworden, zum Kriege gegen Dänemark zu bewegen wußte. Die Ruhmesthaten der Truppen sind bekannt und gehören nicht in den Rahmen dieser Darstellung. Bekannt ist ferner der Wiener Friede, durch welchen die Herzogthümer wieder deutsch wurden und gemeinschaftlich von den beiden Großmächten in Besitz genommen wurden.

Indef war in dieser gemeinschaftlichen Besitzergreifung die Verwicklung zwischen Preußen und Oesterreich und damit auch die endliche Auseinandersetzung innerhalb Deutschlands gegeben; auf diesem Wege sollte und mußte die deutsche Einheitsfrage ein gutes Stück vorwärts kommen. Die Agitationen für und gegen den Augustenburger waren der Zündstoff für die Kriegesflamme, welche im Jahre 1866 hoch emporschlug. Auch auf die Pfafen dieses Krieges brauchen wir an dieser Stelle nicht einzugehen; es sei nur gesagt, daß mit dem Frieden zu Prag Oesterreich aus Deutschland auswich und sich mit der Bildung eines norddeutschen Bundes unter Preußens Führung einverstanden erklärte; der Gebietszuwachs Preußens berührt nicht direkt die deutsche Einheitsfrage. Diese rückte nun gewaltig dadurch vorwärts, daß es Preußen gelang, im August 1866 mit den süddeutschen Staaten geheime Schutz- und Trugbündnisse abzuschließen, in welchen sie im Falle eines Krieges ihre Truppen unter preussischen Oberbefehl zu stellen sich verpflichteten. Einen Tag nach dem Prager Frieden hielt der bereits auf ein Minimum herabgesunkene Bundestag zu Augsburg seine letzte Sitzung. Preußen hatte durch den glücklichen Ausgang des Krieges den Verfassungskonflikt sehr rasch beendet und nahm nun in Deutschland die führende Stellung ein.

Die Verfassung des norddeutschen Bundes übertrug das Bundespräsidium mit der militärischen und diplomatischen Leitung erblich an die Krone Preußens, mit dem Rechte, Krieg zu erklären, Frieden und Bündnisse zu schließen, den Bundes-

senker zu ernennen und den Bundestag und den Reichstag zu berufen. Die Bundesgesetzgebung erstreckte sich auf das Kriegsheer, die Flotte, Zoll-, Handels-, Verkehrs-, Postwesen u. Burde so die Einigung Deutschlands durch den norddeutschen Bund vorbereitet, so war es andererseits der Zollverein mit seinem Zollbundesrath und Zollparlament, welcher die engere Verbindung zwischen Nord- und Süddeutschland „zur Ueberbrückung des Rheins“ bewirkte. Der bereits feste Zusammenhang mindestens Norddeutschlands wurde aller Welt offenbar in dem sogenannten Luxemburger Handel, durch welchen der französische Kaiser einen Keil zwischen die Einheitsbestrebungen zu treiben versuchte. Bismarck beantwortete die verlockenden Anerbietungen Napoleons, wie dessen Kriegsdrohungen mit der Veröffentlichung der mit den süddeutschen Staaten abgeschlossenen, aber bis jetzt geheim gehaltenen Schutz- und Trugbündnisse. Trotzdem konnte von einem Anschlusse des Südens an den Norden noch immer keine Rede sein; denn die partikularistischen Strömungen waren noch allzu stark, das Mißtrauen gegen Preußen, in welches aufzugehen man befürchtete, sehr groß. Diese Anschauung machte sich insbesondere in den Parlamenten geltend. Der erste und einzige norddeutsche Reichstag hatte vom 10. September 1867 bis 26. Mai 1870 getagt und viele segensreiche Gesetze erließ.

Immerhin war für diejenigen, welche die Zeiten seit 1815 oder auch nur seit 1848 mit Bewußtsein verlebte hatten, Grund genug zur Zufriedenheit mit dem Erreichten und zu froher Hoffnung für die fernere friedliche Entwicklung vorhanden. Ein dunkler Punkt allerdings war am Horizont zu gewahren: es war das allgemeine Gefühl, daß, solange das Verhältnis zu Frankreich nicht zu voller Klarheit gebracht sei, kein fröhlicher Aufschwung der Geschäfte, kein volles Vertrauen, wie die erwerbende Thätigkeit eines Volkes es bedarf, aufkommen könne. Aber es schien von dort wenigstens keine unmittelbare Gefahr zu drohen. Im Gegentheil: was dort geschah, — auf die Reden Einzelner war nicht viel zu geben, — schien die besten Hoffnungen auf ein friedliches Sichverstehen der beiden Nationen zu geben. Die Friedensworte Dillwiers, der schon 1867 verkündigt hatte, daß er die deutsche Einheit als eine unumkehrliche, vom Schicksal verhängte Thatsache betrachte, die Frankreich ohne Gefahr hinnehmen könne, gaben auch in Berlin die frohe Hoffnung, daß sich der Eifer der Chauvinisten endlich legen werde. Man war deutscherseits so vorsichtig allen Streitfragen aus dem Wege gegangen, hatte sich so sehr bemüht, die „patrietischen Bestimmungen der großen Nation“ durch Schonung und Nachgiebigkeit zu beruhigen, daß man wohl als Lohn einige Friedensjahre erwarten durfte. So wenig dachte man in Deutschland an eine Störung des Weltfriedens, daß König Wilhelm von Preußen sich am 20. Juni 1870, ohne von einem einzigen Minister begleitet zu sein, nach Ems ins Bad begab, daß Graf Bismarck und die Generale von Roon und von Moltke die Sommermonate auf ihren Gütern zubringen sich anstundten. Und in der Presse hieß es noch am 1. Juli: Drückende Hitze lagert über Europa. Kein Wölkchen scheint den politischen Horizont zu trüben.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Ueber Fürst Bismarck und die Regierung“ schreibt die „Schles. Zig.“, die Kieler Feste seien durch einen Schatten getrübt worden, nämlich dadurch, daß zwischen dem Schöpfer unserer nationalen Einheit und den heutigen Lenkern des Reiches „neuer scharfer Haber entbrannt scheint.“ Die „Schles. Zig.“ schließt ihren Artikel: „Man wird wohl einstweilen sich dabei bescheiden müssen, die Quelle des betrübenden Zustandes allgemein in einem anscheinend unüberbrückbaren Gegensatz der Charaktere der in Betracht kommenden Persönlichkeiten zu suchen. Leider wird dadurch die freudige Zuversicht, daß es endlich zu einem Dauer versprechenden Ausgleich gekommen sei, wieder stark erschüttert.“

— Berlin, 1. Juli. Großes Aufsehen erregt hier ein Attentatsversuch mittels einer Höllemaschine gegen den Polizeioberst Krause. Am Sonnabend ging auf dem hiesigen Packpostamt eine Kiste aus Fürstentum unter der Adresse des Polizeiobersten ein. Als Absender war „Thomas“ angegeben. Die Sendung, welche 25 Pfd. wog, fiel den Postbeamten dadurch auf, daß aus ihr eine Flüssigkeit herausflüßte, welche als Benzin erkannt wurde, und daß aus dem Innern des Pakets das Tiden eines Uhrwerks vernnehmbar war. Die Sendung wurde der Polizeibehörde übergeben und von derselben unter Anwendung aller Vorsichtsmaßregeln geöffnet. Der Inhalt bestand in einem Quantum von 5 Litern Benzin in 7 Flaschen, einem mit 5 Patronen geladenen Revolver und einer Beduht, die auf 10¹/₂ Uhr gestellt war; das Ganze erwies sich so arrangirt, daß sich um 10¹/₂ Uhr,